

Laibacher Zeitung.



Nr. 24.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganz.
fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus
halbj. 50 kr. Mit der Post ganz. fl. 12, halbj. fl. 7.50.

Samstag, 30. Jänner.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu
4 Zeilen 25 kr., größere pr. Zeile 5 kr.; bei öfteren
Wiederholungen pr. Zeile 3 kr.

1875.

Mit 1. Februar

beginnt ein neues Abonnement auf die

„Laibacher Zeitung.“

Der Pränumerations-Preis beträgt für die
Zeit vom 1. bis Ende Februar:

Mit Post unter Schleifen	1 fl. 25 kr.
Für Laibach ins Haus zugestellt	1 " — "
Im Comptoir unter Couvert	1 " — "
Im Comptoir offen	— " 92 "

Für die Zeit vom 1. Februar bis Ende Juni:

Mit Post unter Schleifen	6 fl. 25 kr.
Für Laibach ins Haus zugestellt	5 " — "
Im Comptoir unter Couvert	5 " — "
Im Comptoir offen	4 " 60 "

Ämtlicher Theil.

Gesetz vom 17. Jänner 1875,

wirksam für das Herzogthum Krain,

betreffend den Schutz des Feldgutes.

Mit Zustimmung des Landtages Meines Herzog-
thums Krain finde Ich anzuordnen, wie folgt:

I. Von dem Feldgute und dem Feldfrevel.

§ 1.

Das Feldgut wird unter den besonderen Schutz des
gegenwärtigen Gesetzes gestellt.

Für die Anwendung des Gesetzes werden unter Feld-
gut alle Gegenstände verstanden, welche mit dem Be-
triebe der Land- und Feldwirthschaft im weitesten Sinne
im unmittelbaren oder mittelbaren Zusammenhange stehen,
insolange sie sich auf offenem Felde befinden.

Es sind daher ebensowohl die Grundstücke selbst,
wie Acker, Wiesen, Weiden, Gärten, Weingärten, Obst-
bäume und Pflanzungen aller Art, Pflanzhäuser, Feld-
hütten, Harpfen, Heustadeln, Bienenhäuser, Zäune, Hecken,
Fischteiche, Fischbehälter und Anlagen für künstliche Fisch-
zucht, Be- und Entwässerungsanlagen, Dämme, Wasser-
werke und Leitungen, Feldbrunnen, Feldwege, Stege u. s. w.
zum Feldgute zu rechnen, als auch alle noch nicht ein-
gebrachten Feldfrüchte und Saaten, Heu, Stroh- und
Fruchtvorräthe in Schobern oder in Harpfen, die auf dem
Felde zurückgelassenen landwirthschaftlichen Geräthe und
Werkzeuge, das Zug- und Weidevieh, der Dünger u. s. w.

§ 2.

Als Feldfrevel werden alle Beschädigungen des Feld-
gutes (§ 1) und alle Uebertretungen der in diesem Ge-
setze enthaltenen oder auf Grund dieses Gesetzes von der
politischen Behörde (Bezirksbehörde, Gemeinde-Ausschuß)
zum Schutze des Feldgutes erlassenen besonderen Verbote
bestraft, sofern diese Beschädigungen oder die Uebertre-
tungen dieser Verbote nicht der Behandlung nach dem
allgemeinen Strafrechte oder nach besonderen, für den
Schutz anderer Zweige der Landeskultur, namentlich der
Wasserrechte oder für die Handhabung der Straßen-
polizei erlassenen Gesetze und Vorschriften unterliegen.

§ 3.

Insbefondere werden als verboten erklärt:

- das unbefugte Gehen, Lagern, Reiten, Fahren, in
Gärten überhaupt, dann auf bebauten oder zum
Anbaue bereits vorbereiteten Aedern, ferner auf
Wiesen zur Zeit des Grasschwundes, endlich auf Grund-
stücken jeder Art, sobald dieselben durch Einfriedung,
Verbotstafeln oder andere kennbare Warnungszeichen
als abgesperrt bezeichnet sind;
- das unbefugte Betreten von Wegen, welche zur
Zeit des Reisens der Trauben oder anderes Feld-
oder Baumfrüchte über Verfügung des Gemeinde-
vorstehers abgesperrt und durch Verbotstafeln oder
andere kennbare Zeichen als verbotene Wege be-
zeichnet sind;
- das unbefugte Beseitigen von Einfriedungen, das
muthwillige Oeffnen, sowie das ein fremdes Eigen-
thum gefährdende Offenlassen der Sperrvorrichtun-
gen an denselben und das Beseitigen oder Un-
kenntlichmachen der Verbotstafeln oder Warnungs-
zeichen;
- die eigenmächtige Eröffnung von Fußstegen oder
Feldwegen;
- die eigenmächtige Einäckerung, Umgrabung oder
sonstige Beschädigung gemeinschaftlicher Feldwege,
Fußsteige oder Raine, Verrückung oder Beseitigung

der Grenzzeichen, dann Abäckerung vom fremden
Grunde;

- das unbefugte Abbrechen oder Abschneiden von
Stämmen, Aesten, Zweigen, Blüten oder Früch-
ten, dann Abstreifen von Laub von Bäumen oder
Nutzungssträuchern, sowie Ausreißen von Baum-
pfählen;
- das unbefugte Abschneiden oder Abreißen von Ge-
treideähren, Schotten oder Pflanzungen jeder Art,
von bebauten Aedern, dann Abschneiden oder Ab-
reißen des Grases an Wegen oder Feldrainen;
- das unbefugte Auffammeln oder Graben von Kno-
chen, Haden oder Düngerstoffen in Gärten oder
auf Aedern, Wiesen oder Weiden und das unbe-
fugte Graben von Erde, Sand, Schotter, Steinen,
sowie Auffammeln von Laub und abgefallenen
reife oder unreife Früchten auf fremden Grund-
stücken;
- das unbefugte Ablagern oder Werfen von Steinen,
Schutt, Scherben, Unrath oder Unkraut auf fremde
Grundstücke oder auf Wege;
- der unbefugte Gebrauch fremder Heustadeln, Har-
pfen, Feldhütten oder auf dem Felde belassener
Geräthe und Werkzeuge, sowie das Verstecken, Ver-
schleppen oder Beschädigen der letzteren;
- das muthwillige Umwerfen oder Auseinanderstreuen
fremder Erd- oder Düngerhaufen, Frucht- oder
Streuhaufen, von Heu, Stroh und Früchten in
Schobern oder in Harpfen, sowie das Beschädigen
der am Felde befindlichen fremden Vorrichtungen
zum Trocknen des Futters und der Feldfrüchte;
- das eigenmächtige Abbrennen von Torfmooren.

§ 4.

Außerhalb geschlossener oder sonst eingefriedeter
Plätze darf kein Vieh ohne Aufsicht frei belassen werden.
Wenn besondere Ortsverhältnisse Ausnahmen von
dieser Vorschrift nothwendig machen, können solche vom
Gemeindeausschuße bewilligt werden.

§ 5.

Das Weiden von Vieh außerhalb geschlossener oder
eingefriedeter Plätze ist nur unter Aufsicht eines hiezu
geeigneten Hirten gestattet.

Auf Weideplätzen, die von einem so geringen Um-
fange oder von einer solchen Lage sind, daß von den-
selben ein Uebertritt des Viehes auf fremde Grundstücke
oder eine Beschädigung überhaupt des fremden Feld-
gutes durch das Weidevieh mit Grund zu befürchten ist,
muß das Vieh in angemessener Weise mit Stricken an
feste Gegenstände angebunden oder an Stricken geführt
werden (Strickweide).

§ 6.

Auf Grundstücken, die nicht von allen Seiten so
eingeschlossen sind, daß dadurch das Austreten des Viehes
verhindert wird, ist jede Weide (einschließlich der Strick-
weide) zur Nachtzeit verboten.

Mit Rücksicht auf besondere Verhältnisse kann der
Gemeindeausschuß Ausnahmen von diesem Verbote für
bestimmte Weideplätze gestatten.

§ 7.

Der Auftrieb des Viehes zur Weide und der Ein-
trieb von derselben darf nur bei Tageszeit stattfinden.

Als Tageszeit im Gegensatze zur Nachtzeit im
Sinne dieses Gesetzes ist die Zeit eine Stunde vor
Sonnenaufgang bis eine Stunde nach Sonnenuntergang
anzusehen.

§ 8.

Wenn die zur Weide führenden Wege von solcher
Beschaffenheit sind, daß eine Beschädigung fremden Feld-
gutes durch das getriebene Vieh mit Grund zu befürchten
ist, so kann der Gemeindeausschuß das Verbot erlassen,
daß auf den von ihm bezeichneten Strecken der Wege
das Vieh anders als gekoppelt oder an Stricken geführt
zur Weide gebracht werde.

§ 9.

Die politische Bezirksbehörde kann mit Rücksicht
auf die Ortsverhältnisse zum Schutze des Feldgutes das
Verbot erlassen, daß der Durchtrieb fremder Viehheerden
zur Nachtzeit auf den durch uneingefriedete Felder oder
Fluren führenden Straßen oder Wegen anders als unter
Aufsicht eines vom Gemeindevorsteher zu bestellenden
und vom Viehtreiber nach einem behördlich bestätigten
Tarife zu entlohnenden Begleiters stattfinde.

§ 10.

Das Treiben, Hüten oder Weiden von Vieh auf
fremden Grunde ist unbeschadet besonderer Rechtstitel
nur bei ausdrücklicher Zustimmung des betreffenden
Grundbesitzers gestattet.

Dies gilt namentlich auch bezüglich der Weide auf
fremden Brach- und Stoppelfeldern, dann auf Wegen
und Feldrainen.

§ 11.

Die Nachlese in Gärten, Obstanlagen, Weinbergen
oder auf Aedern und Wiesen ist vom Sonnenuntergange
bis zum Sonnenaufgange unbedingt verboten, sonst aber
nur mit Einwilligung des betreffenden Grundbesitzers
gestattet.

§ 12.

Für bestimmte Theile des Gemeindegebietes, welche
ausschließend oder zum großen Theile aus zusammen-
hängenden Weingärten verschiedene Besitzer bestehen, kann
der Gemeindeausschuß im Einverständnisse mit diesen
Besitzern mittelst ortsüblicher Rundmachung das Verbot
erlassen, daß mit der Weinlese in dem betreffenden Ge-
biete vor dem vom Gemeindeausschuße festgesetzten Tage
begonnen werde. Eine Ausnahme hievon hat der Ge-
meindevorsteher einzelnen Weingartenbesitzern dann zu
bewilligen, wenn dieselben sich bereit erklären, die Kosten
der wegen der früheren Lese in ihren Weingärten zum
Schutze der übrigen Weingärten etwa erforderlichen be-
sonderen Ueberwachungsmaßregeln selbst zu bestreiten.

II. Strafbestimmungen.

§ 13.

Der Feldfrevel wird mit einer Geldstrafe von 1 bis
40 Gulden oder mit einer Arreststrafe von sechs Stun-
den bis zu acht Tagen geahndet.

Diese Bestimmung erleidet jedoch die in den nach-
folgenden §§ 14 und 15 bezeichneten Ausnahmen.

§ 14.

Die Uebertretung der in den §§ 4—11 enthalte-
nen, den Schutz gegen Schaden durch Vieh bezweckenden
Anordnungen und Verbote ist in der Regel mit einer
Geldstrafe nach folgendem Ausmaße zu ahnden:

Für je ein Stück Pferd, Maulthier oder Esel mit	1 fl.
" " " " Rind	50 kr.
" " " " Schwein	30 "
" " " " Ziege	30 "
" " " " Schaf	20 "
" " " " Gans	10 "
" " " " anderen Federviehes	5 "

Diese Strafsätze sind, wenn das Vieh absichtlich der
Weide wegen auf ein fremdes Grundstück getrieben oder
wenn die Uebertretung zur Nachtzeit (§ 7) begangen
wurde, zu verdoppeln.

Eine Verdoppelung tritt auch dann ein, wenn die
Uebertretung auf bebauten Aedern, Gärten, Weingärten,
nassen oder durchbrüchigen Wiesen oder auf solchen Grund-
stücken stattfand, welche durch Einfriedung, Verbotstafeln
oder andere ortsübliche Zeichen als abgesperrt bezeichnet sind.

Die Uebertretung des § 3 lit. a und b ist, wenn
sie durch unbefugtes Gehen oder Lagern begangen wurde,
an jeder Person mit 50 kr., wenn sie aber durch unbe-
fugtes Reiten oder Fahren verübt wurde, mit Einem
Gulden von jedem Stück Trags- oder Zugthier, dann
die im § 3 lit. f bezeichnete Beschädigung von Bäumen
oder Nutzungssträuchern am Stamme mit Zwei Gulden
für jeden Baum oder Strauch, das Abstreifen von Laub,
sowie das Abbrechen oder sonstige Verlezen von Aesten,
Zweigen, Blüten oder Früchten mit Einem Gulden für
jeden Baum oder Strauch, das Ausreißen von Baum-
pfählen mit Einem Gulden für jeden Pfahl zu bestrafen.

Bei Eintritt besonders rücksichtswürdiger Umstände
kann auch auf geringere Einzelbeträge, jedoch nicht auf
weniger als auf die Hälfte des gesetzlichen Ausmaßes
dieser Beträge erkannt werden.

In keinem Falle darf die aus der Summe der
Einzelbeträge sich ergebende Geldstrafe für denselben
Straffall den Gesamtbetrag von 40 Gulden über-
schreiten.

§ 15.

Wenn ein Feldfrevel durch Kinder, Dienstknechte oder
Hirten infolge mangelhaften Auftrages oder Unfähigkeit
den Auftrag ordnungsmäßig zu vollziehen, begangen wird,
ist der Auftraggeber ohne Unterschied, ob die genannten
Personen selbst einer Strafbehandlung unterzogen wur-
den oder nicht, wegen unterlassener pflichtmäßiger Ob-
sorge mit einer Geldstrafe bis zu 10 fl. zu bestrafen.

Diese Bestimmung hat namentlich auch dann An-
wendung zu finden, wenn den Hirten die Grenzen des
Weidegebietes nicht genau bekannt gegeben würden.

Die dem Auftraggeber aufzuerlegenden Strafe darf
jedoch jenen Geldbetrag nicht übersteigen, welcher auf
die von obigen Personen begangene Uebertretung selbst
gesetzt ist.

Für den zugesetzten Schaden haftet der Auftraggeber nach Maßgabe des § 1315 des allgem. bürgerl. Gesetzbuches.

§ 16.

Der Feldfrevler hat, abgesehen von der verwirkten Strafe jedenfalls für den verursachten Schaden Ersatz zu leisten.

Bei Feldfreveln, welche von mehreren Personen begangen wurden, haftet jeder für den zugesetzten Schaden nach Maßgabe der §§ 1301 und 1302 des allgem. bürgerl. Gesetzbuches.

(Schluß folgt.)

Nichtamtlicher Theil.

Journalstimmen vom Tage.

Nach Bericht prager Blätter fand vor einigen Tagen im tschechischen Club zu Prag eine Konferenz von alttschechischen Abgeordneten statt, in welcher die bevorstehenden Landtagswahlen in Böhmen den Gegenstand der Diskussion bildeten. Besprochen wurde, sich mit den Parteigenossen auf dem Lande bezüglich der aufzustellenden Candidaten ins Einvernehmen zu setzen, wobei der Grundsatz festgehalten wurde, daß alle früheren Abgeordneten womöglich wieder in Vorschlag gebracht werden sollen. Die Berichte aus einzelnen Bezirken sollen übrigens nichts weniger als günstig für die „Alten“ lauten. Derjenige Theil der Bevölkerung, welcher clericalen Einflüssen weniger zugänglich ist, hat die bisherige Wirthschaft satt und billigt vollkommen den Eintritt der jung tschechischen Abgeordneten in den Landtag. Ueberhaupt macht sich Dr. Rieger bei den diesmaligen Wahlen auf den Verlust manches seiner theueren Häupter gefaßt.

Die „Nar. Listy“ machen dem Dr. Rieger geradezu „brudermörderische Gelüste“ zum Vorwurfe und betonen, daß es ihm trotz aller Gewaltanwendung nicht gelungen sei, die freisinnige tschechische Partei zu vernichten. Ein solches Streben habe sich als ebenso machtlos, wie unvernünftig und unpatriotisch erwiesen.

Die wiener Blätter sprechen über die Eingabe der Creditanstalt an das Herrenhaus, die sich gegen mehrere Bestimmungen des vom Abgeordnetenhaus votierten Actiengesetzes richtet. Das „N. w. Tagbl.“ weiß „dieses gegen das fragliche Gesetz abgegebene Votum“ nicht genug zu rühmen, was jedermann hoffentlich begreifen wird, der die Tendenzen des „demokratischen Organs“, das ganz im Volke wurzelt, kennt.

Der „Dz. polski“ tadelt die polnischen Abgeordneten, weil sie noch jetzt in Lemberg herumspazieren, anstatt ihre Sitze im wiener Abgeordnetenhaus einzunehmen.

Aus dem neuesten Vorgange im Prozeß Ofenheimer liegen keine erwähnenswerthen Betrachtungen vor. Hingegen finden sich einige Stimmen über den Prozeß im allgemeinen. So bedauert das „N. Frmdbl.“ die Theilnahme in der Volksmeinung für Ofenheimer, seitdem dieser auf der Anklagebank sitze. Es sei das ein Zeichen jener corrupten wiener Gemüthlichkeit, die so gerne in jeder Verfolgung Tendenz sehe und für den Verfolgten gegen die Obrigkeit Partei ergreife. Das Blatt klärt auf, wie irrig es sei, in der Verfolgung des Einen, den man aber eben habe, Tendenz erblicken zu wollen. Die „Tagespr.“ gibt gleichsam eine Aufklärung für diese Stimmung, indem sie meint, daß gerade wieder die traurige Andauer der Wirthschaftsnoth abschwächend auf die anfänglich geweckte moralische Entrüstung eingewirkt habe.

Der wiener Correspondent des „Ezas“ sagt, daß das charakteristische Merkmal des Prozeßes die Thatsache

sei, daß das Publicum bei jedem Zeugen, ohne Unterschied, ob er belastend oder entlastend aufträte, zu fragen pflege, aus welchem Grunde er so und nicht anders aussage? Diese Frage wurde insbesondere bezüglich der Zeugschrift des Herrn von Plener gestellt.

Reichsrath.

28. Sitzung des Herrenhauses.

Wien, 25. Jänner.

Se. Durchlaucht der Herr Präsident Fürst Karl Auersperg eröffnet um 12 Uhr die Sitzung.

Auf der Ministerbank befinden sich: Se. Durchlaucht der Herr Ministerpräsident Fürst Adolf Auersperg, Ihre Excellenzen die Herren Minister: Dr. Unger und Oberst Horst.

Der Justizminister zeigt die erfolgte allerh. Sanction des Gesetzes, betreffend die Gerichtsbarkeit der Consulargerichte in Egypten an.

Nach Uebergang zur Tagesordnung erstattet Hofrath Ritter v. Arnetz den Bericht über die beantragten Aenderungen in der Geschäftsordnung des Herrenhauses. Die §§ 1 bis 22 werden ohne Debatte angenommen. Zu § 22 beantragt Fürst Czartoryski, daß künftighin von der Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung, als zu zeitraubend, Umgang genommen werde. Landgraf Fürstenberg unterstützt diesen Antrag, der angenommen wird.

Zu § 35 beantragte Feldzeugmeister Hartung, ein neues Alinea hinzuzufügen. Bei der Abstimmung wurde der Antrag aber abgelehnt. Die zu den §§ 37 und 38 beantragten Abänderungen wurden angenommen.

Zu § 39 stellte Freiherr v. Hein den Antrag, daß § 39 in den beiden ersten Alinea unverändert bleibe; Alinea 3 soll lauten: „Spricht sich die Majorität für den Schluß der Debatte aus, so können die eingeschriebenen Redner für und gegen den Antrag je einen Redner aus ihrer Mitte wählen. Findet eine Einigung nicht statt, so entscheidet das Los.“ Alinea 4 würde lauten: „Mitglieder, welche einen Abänderungsantrag stellen wollen, können im Falle, als Schluß der Debatte beantragt und vom Hause beschloffen wurde, ihren Antrag sogleich nach ausgesprochenem Schlusse dem Präsidenten übergeben, welcher denselben verliest und die Unterstützungsfrage stellt. Wird der Antrag unterstützt, so beschließt das Haus ebenfalls ohne Debatte, ob infolge dessen die Verhandlung wieder aufzunehmen sei.“ Endlich Alinea 5: „Nach Schluß der Debatte dürfen nur gewählte Redner, Berichterstatter und bei der ersten Lesung der Antragsteller das Wort nehmen.“

Berichterstatter Ritter v. Arnetz beantragte, daß Alinea 4 abgeändert und folgendermaßen zu lauten habe: „Der Antrag auf Schluß der Debatte kann jederzeit, jedoch ohne Unterbrechung des Redners, gestellt werden und ist vom Präsidenten nach vorhergegangener ausdrücklicher Anfrage, ob irgend ein Mitglied noch einen Abänderungs- oder Zusatzantrag zu stellen habe, der dann der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zu unterziehen sein wird, ohne Unterstützungsfrage zur Abstimmung zu bringen.“ Der Antrag wurde unterstützt und angenommen.

104. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 27. Jänner.

Präsident Dr. Rechbauer eröffnet um 11 Uhr 15 Minuten die Sitzung.

Auf der Ministerbank befinden sich: Se. Durchlaucht der Herr Ministerpräsident Fürst Adolf Auersperg, Ihre Excellenzen die Herren Minister: Dr. Freiherr v. Lasser, Dr. Banhans, Dr. v. Stre-

mahr, Dr. Glaser, Dr. Unger, Dr. Ritter von Chlumetz, Freiherr von Pretis, Oberst Horst und Dr. Ziemalkowski.

Zur Vertheilung gelangen Berichte des Budgetausschusses, a) betreffend den von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf wegen Veräußerung des ärarischen Gebäudes Nr. C 184 am Salzgraben in Wien; b) betreffend den Entwurf des Gesetzes, womit die Regierung zur Erstreckung des Beginnes der Rückzahlungstermine für die im Grunde des Gesetzes vom 10. Juni 1872, R. G. B. Nr. 75, aus Staatsmitteln erfolgten unverzinslichen Vorschüsse ermächtigt wird.

Der Präsident gibt das Resultat der in letzter Sitzung vorgenommenen Wahlen bekannt.

Das Herrenhaus legt die in letzter Sitzung gefaßten Beschlüsse vor.

Unterrichtsminister Dr. Stremayr bringt einen Gesetzentwurf ein, womit die systemmäßig erste Gehaltsregulierung der Professoren von der neu zu errichtenden Universität Czernowitz festgesetzt wird.

Es wird zur Tagesordnung übergegangen. Der fünfte Bericht der Staatsschulden-Centralcommission des Reichsrathes wird dem Budgetausschusse zugewiesen.

Abg. Furtmüller begründet seinen Antrag, betreffend die billigere Vertheilung der Schneeschauflung auf den Reichsstraßen und beantragt, die Vorlage dem Finanzausschusse zuzuwenden. (Angenommen.)

In der Fortsetzung der Verhandlung über den Bericht des Eisenbahnausschusses, betreffend die Ausführung des Baues der Eisenbahnstrecke von Tarvis bis an die Reichsgrenze bei Pontafel spricht Abg. Winkler als Generalredner gegen die Ausführanträge und recapituliert in beinahe unverständlicher Rede alle bereits angeführten Gründe seiner Vorredner in der Debatte.

Hierauf ergreift der Berichterstatter Dr. Herbst das Wort. (Dessen Rede bringen wir in der Rubrik „Locales.“) Bei der Abstimmung wird der Antrag Reisersperg abgelehnt und der Antrag des Ausschusses, durch den Berichterstatter dahin modificiert, daß die Worte: „noch im Laufe der Session 1874/75“ auszulassen seien, mit allen gegen 23 Stimmen angenommen. (Die Minister enthielten sich der Abstimmung.) Die Resolution der Gemeinde Ponteba um Errichtung einer Grenzstation in Ponteba wird der Regierung zur Würdigung abgetreten.

Abg. Wegscheider berichtet über das Gesetz betreffs der Gebührenfreiheit bei der Ablösung von Pfarramtsgleichen in Oberösterreich. Dasselbe wird ohne Debatte in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Abg. Freiherr v. Pino berichtet über das Denkmalsgesetz zum Zwecke des Baues eines Regierungsgedäudes in Czernowitz. Wird ohne Debatte in dritter Lesung angenommen.

Abg. Baron Tinti referiert über den Antrag Seidl auf Erlassung eines Gesetzes, betreffend die Bewilligung von Steuernachlässen bei Unglücksfällen. (Dasselbe wird angenommen.)

Abg. Wegscheider beantragt namens des Budgetausschusses den Antrag Czernawski's auf Steuerfreiheit für die zum Schulbaue in Galizien bestehende Stiftung abzulehnen.

Abg. Czernawski repliciert dagegen, den humanitären Zweck dieser Stiftung betonend.

Abg. Dittes unterstützt den Antrag Czernawski's. Der Finanzminister Freiherr v. Pretis erklärt es für eine schwierige Aufgabe, sich den Billigkeitsgründen, die vorgebracht wurden, zu verschließen, doch müsse er sich deshalb gegen den Antrag Czernawski's aussprechen, weil es sich hier um eine Stiftung handelt und alle Stiftungen den Gebühren unterworfen sind; wollte

Feuilleton.

Ein neuer Brutus.

Nach den Erinnerungen eines alten Soldaten
von Fr. Wilhelm Wulff.

(Fortsetzung.)

„Kameraden“, rief einer der jüngeren Offiziere, ein feuriger Brausekopf, indem er aufsprang, „ich weiß ein Mittel, die Ehre des Regiments zu retten, ohne dem General und dem Obersten nahe zu treten.“

„Rede, laß es uns hören“, schallte es von allen Seiten.

In diesem Moment schweifte zufällig mein Auge zu dem Fremden hinüber, welcher vorhin meine Neugierde in so hohem Grade erregt hatte. Eine seltsame Unruhe, die ich mir nicht zu erklären vermochte, erfaßte mich, als ich die Veränderung gewahrte, welche in seinem ganzen Wesen vorgegangen war. Er hatte sich von seinem Sitze erhoben und stand hoch aufgerichtet, den Blick auf den Sprecher gerichtet, vor dem Tische. Der Hut war ihm entfallen. Auf seiner Stirne war dadurch eine breite, tiefe Narbe sichtbar geworden, deren blutrothe Farbe einen grellen Contrast zu der fahlen Blässe seiner Gesichtszüge bildete. Ich konnte mein Auge nicht mehr von ihm abwenden, obgleich der düstere Ausdruck in seinem Antlitze mich mit einer drückenden Besorgnis

erfüllte, von der ich mir keine Rechenschaft zu geben vermochte.

Der junge Brausekopf hatte indessen begonnen, seine Meinung vorzutragen.

„Ich war noch bis vor wenigen Tagen der heftigste Gegner des Obersten in dieser Angelegenheit“, sagte er, „aber nachdem er mir seine Gründe auseinandergesetzt, mußte ich ihm schließlich doch Recht geben. R... ist der Sohn eines braven Mannes, der die Hochachtung jedes braven Soldaten verdient. Um des Generals willen müssen wir absehen von unserer Forderung, denn er würde die Ausstoßung seines Sohnes nicht überleben. Das muß verhindert werden. Auf der andern Seite aber können wir nicht zugeben, daß R... jemals wieder in das Regiment eintritt, dessen Ehre er durch seine schimpfliche Flucht so sehr besetzt hat. Wer unter uns könnte ihm wieder ein guter, treuer Kamerad sein? Das Andenken an jenes unheilvolle Ereignis löst jedes Band, das uns an ihn knüpft, und er selbst kann die Uniform eines preussischen Soldaten nie mehr ohne Erröthen tragen. Sein Tod allein kann die Schmach auslösen.“

Nur dumpf drangen mir diese Worte in das Ohr, denn wie festgebunt mußte ich immer nach dem Fremden schauen, der sich inzwischen unserer Gruppe genähert hatte. Daß dieser Mann zu R... in einer engen Verbindung stand, wurde mir mit jedem Augenblick klarer. Ein furchtbarer Verdacht nahm alle meine Sinne gefangen und ich vermochte mich kaum mehr aufrecht zu erhalten.

„Er soll einen ehrlichen und besseren Tod finden, als er es verdient hat“, fuhr der junge Offizier fort.

Er hielt inne und ließ den Blick forschend über die Anwesenden hingleiten. Eine tiefe Stille entstand. Auf allen Gesichtern malte sich die Erwartung. Ich sah, daß der Fremde die Hand gegen die Brust preßte und tief Athem holte. Ein Blick suchte aus seinen Augen auf den Offizier. Das Blut stockte mir in den Adern und ich fühlte, daß mir der Schweiß auf die Stirn trat.

„Im ehrlichen Zweikampf gegen einen aus unserm Corps soll er fallen“, rief er rasch. „Dies ist der einzige Ausweg der uns bleibt.“

Der Fremde stand in diesem Augenblicke dicht hinter dem Sprecher. Die düsteren Wolken, welche bisher seine Stirn umnachtet hatte, waren verschwunden. An ihrer Stelle war ein feierlicher Ernst getreten. Mit Erstaunen gewahrte ich diese Veränderung.

Die Worte des jungen Offiziers riefen einen heftigen Streit hervor. Die Meinungen waren getheilt, aber die Mehrzahl der Kameraden stimmte dem Vorschlage bei, durch einen Zweikampf auf Tod und Leben die Ehre des Regiments wieder herzustellen.

„Aber wer von uns soll ihn fordern?“ riefen mehrere Stimmen.

„Das Los muß entscheiden“, entgegnete der junge Offizier.

„Glaubt ihr denn im Ernst, daß sich der ehrlose Feigling stellen wird?“ sagte ein anderer, der nicht weit von dem Ort entfernt saß, an welchem der Fremde

man eine Ausnahme machen, so würden die anderen Stiftungen, die ja auch einen humanitären Zweck haben, dasselbe Recht in Anspruch nehmen wollen. Wollte man aber allen Stiftungen das Zugeständnis machen, so wäre dies von weittragender Bedeutung und für die Finanzen Oesterreichs durchaus nicht gleichgültig.

Berichterstatter Dr. Wegscheider schließt sich den Anschauungen des Ministers an. Bei der Abstimmung wird der Antrag des Ausschusses angenommen.

Abg. Dr. Ropp und Genossen stellen den Antrag, die Regierung werde aufgefordert, eine Gesetzesvorlage, betreffend die Aufhebung der Collegiengelder an Universitäten aufzugeben.

Politische Uebersicht.

Laibach, 29. Jänner.

Im gemeinsamen Ministerium des Aeußern zu Wien wurden die commissionellen Vorberathungen zu der demnächst stattfindenden Conferenz über den Zollvertrag mit Rußland eröffnet. Als Vertreter der ungarischen Regierung nimmt Sectionsrath Schnierer an denselben Theil. — In zahlreichen deutschen Blättern finden wir Artikel, welche mit Befriedigung die Beilegung des türkisch-montenegrinischen Conflictes anzeigen. Sie betonen, daß die glückliche Lösung, als man vorausgesetzt, durch das einmüthige Zusammengehen Oesterreichs, Deutschlands und Rußlands herbeigeführt worden sei, und sehen in der Lösung der drohenden Verwicklung einen Sieg der guten Beziehungen der drei Kaiserstaaten, welche stets auf die Erhaltung des Friedens nur günstige Rückwirkungen zu üben geeignet sind.

In der Generaldebatte über das ungarische Budget sprach Szecenyi. Er schilderte die Finanzlage in den düstersten Farben; auch durch die neuen Steuerentwürfe werde dieselbe nicht besser werden. Unter demonstrativen Beifallsäuerungen der Linken kritisierte Redner die bisherige Finanzpolitik der Regierung und die maßlose Verschwendung in allen Verwaltungszweigen.

Dem Abgeordnetenhaus des preussischen Landtages ist der Provinzialordnung für die Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen vorgelegt worden. Die Vorlage ist ein sehr umfangreiches Actenstück, denn sie enthält außer dem Entwurfe, dem Wahlreglement und den Motiven noch eine Denkschrift über die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung des preussischen Staates.

Aus Paris wird der „N. fr. Pr.“ telegraphiert: Der Polizeipräsident machte vor der Untersuchungs-Commission neue Angaben über die Existenz bonapartistischer Comités in Paris und der Provinz; er wies nach, daß viele Persönlichkeiten aller Verwaltungszweige und selbst Angehörige der Armee für die bonapartistische Restauration Propaganda machen. — Das Senatsgesetz dürfte in der weiteren Verhandlung wohl bedeutende Abänderungen erfahren. Nach dem Entwurfe soll der neue Senat aus 150 von der französischen Regierung ernannten und 150 anderen Mitgliedern bestehen, von denen jedoch nur ein Theil aus Wahlen hervorgehen solle, während die Uebrigen Senatoren von rechtswegen sein würden. Die republikanische Linke, das linke Centrum und die Bonapartisten sind entschlossen, die Errichtung des Senates in dieser Zusammensetzung zu bekämpfen.

Wie der madriider Correspondent der „Times“ erzählt, sind die Ultramontanen unablässig bemüht, den König Alfonso ganz in ihre Hände zu bekommen. Der Graf von Chesto und Cardinal Fernandez haben ihm bei einem Besuche die Forderung gestellt, ohne Säumen mit

stand. Ich bemerkte, daß jener die Hand langsam emporhob. Ich wollte die Kameraden auf ihn aufmerksam machen, aber ich war wie gelähmt an allen Gliedern. Jetzt plötzlich legte der Fremde die Hand auf die Schulter des Offiziers, welcher bezweifelt hatte, daß R... sich schlagen würde.

„Er wird sich stellen,“ sagte er mit dumpfer Stimme, „ich verbürge mich dafür.“

Diese wenigen Worte übten eine mächtige Wirkung auf die Streitenden aus. Im ersten Moment schwiegen alle, verwundert über diese unerwartete Störung. Das erste, stolze Gesicht des Fremden trug das Gepräge einer ehrfurchtgebietenden Hoheit und seine Augen blieben mit einem wahrhaft majestätischen Ausdruck auf dem Anlitze des Offiziers haften, dessen Schulter er berührt hatte.

„Wer sind Sie, mein Herr, daß Sie es wagen, sich unbedenklicher Weise in unser Gespräch zu drängen,“ fuhr dieser auf.

„Ein preussischer Offizier, wie Sie, Herr Lieutenant,“ entgegnete ernst der Fremde, indem er sich emporrichtete. Seine hohe, stolze Gestalt, seine militärische Haltung und die Sicherheit seiner Bewegung imponierten dem Erzürnen und in höflicherem Tone wiederholte derselbe seine Frage.

„Sie haben gehört, wer ich bin,“ rief der Fremde würdevoll, „mein Name thut hier nichts zur Sache.“

(Fortsetzung folgt.)

der liberalen Partei zu brechen. Alfonso versprach Entschädigungen des Klerus durch gute Befolgung, erklärte aber zugleich, er wolle der König „aller“ Spanier sein und keinen Unterschied der religiösen oder politischen Parteien machen. — Die königlichen Truppen besetzten Puch auf dem Wege nach Pamplona. Die Carlisten zogen sich, ohne Widerstand zu leisten, zurück. Der Ort Artazcoz wurde gleichfalls genommen.

In der Skupschina wurde ein Antrag eingebracht auf Gewährung des Versammlungs- und Vereinsrechtes, Hebung der öffentlichen Aufklärung, Trennung der Polizei von der Justiz in Criminalsachen, Aufbesserung der Agriculturnverhältnisse, des Handels und der Gewerbe und gerechtere Vertheilung der Steuern. Der Antrag wurde einem Ausschusse zugewiesen.

Nach einem belgrader Privattelegramme der „Allg. Ztg.“ hat die montenegrinische Regierung die an der Grenze aufgestellte Mannschaft nach Hause entlassen und ebenso die Pforte ihre nach Schumla vorgeschobenen Truppen nach der Hauptstadt zurückgerufen.

Prozeß Ofenheim.

(Fortsetzung.)

Alle diese wiederholten Aufträge und Weisungen blieben ohne Erfolg; vielmehr fand es der Verwaltungsrath für gut, gegen einen der citirten Erlasse (Z. 23367, vom 5. Dezember) in so unangemessener Form zu remonstrirten, daß sich Freiherr v. Bretis bemüßigt sah, unterm 9. Dezember 1870, Z. 875/HM. eine scharfe Zurückweisung zu erlassen, ohne jedoch durch dieselbe etwas anderes zu erzielen, als daß der Präsident des Verwaltungsrathes in seiner Erwiderung sich mit der von dem letzteren eingenommenen Haltung vollständig einverstanden erklärte.

Mittlerweile hatte sich infolge wiederholter Unglücksfälle und Verkehrsunterbrechungen auf der leMBERG-CZERNOWITZ-Bahn und infolge Unregelmäßigkeiten im Gütertransporte die Aufmerksamkeit des Reichsrathes abermals den Verhältnissen dieser Bahn zugewendet, und in einer von Ritter v. Grocholski am 19. Februar 1870 eingebrachten Interpellation, noch prägnanter aber in einer von dem Abgeordnetenhaus unterm 17. Juni 1871 über den Antrag seines Finanzausschusses beschlossenen Resolution Ausdruck gefunden.

Diese Resolution lautete:

„Die kaiserl. Regierung wird aufgefordert, den „Uebelständen im Betriebe der leMBERG-CZERNOWITZ-Bahn, welche auch in den finanziell überaus ungünstigen Resultaten einen höchst beklagenswerthen Ausdruck finden, volle Aufmerksamkeit zuzuwenden, und sowohl im Interesse des Verkehrs als der Staatsfinanzen energisch auf Abhilfe zu dringen.“

Der damalige Handelsminister Dr. Schöffle gab in Beziehung hierauf die Erklärung ab, die Regierung finde von ihrem Standpunkte aus gegen die vorgeschlagene Resolution nichts einzuwenden. Gleichzeitig machte der Minister dem Hause die Mittheilung, daß über die Beschwerden, welche gegen die Verwaltung der leMBERG-CZERNOWITZ-Bahn erhoben wurden, bereits eindringende Erhebungen im Zuge seien, die allerdings erst ihrer Beendigung entgegenstehen.

Der Annahme dieser Resolution war eine Rede des Abgeordneten Ritter v. Styrza vorangegangen, deren aus dem beigezeichneten Exemplar des stenographischen Protokolles des Abgeordnetenhauses ersichtliche Inhalt die Zustände der leMBERG-CZERNOWITZ-Bahn in den wichtigsten Beziehungen, sowohl was Anlage der Trasse, als Sicherheit und Promptheit des Betriebes und Verhältnisse der Administration betrifft, unter Anführung concreter Thatfachen als höchst unbefriedigend und einer Abhilfe durch Einschreiten des Handelsministers dringend bedürftig schilderte. In weiterer Folge fand sich der Handelsminister Dr. Schöffle veranlaßt, mit zwei Verfügungen in die Zustände der Bahn einzugreifen.

Es sind dies: Einerseits der Erlaß vom 4. September 1871, Z. 2699, worin der Handelsminister erklärt, sich unter allen Umständen der Genehmigung der durchzuführenden Verwaltungsreformen vorbehalten zu müssen, und beifügt, daß die mit dem Erlasse des Freiherrn v. Bretis vom 24. Dezember 1870, Z. 24100, kundgegebene Anschauung über die höchst mangelhafte Einrichtung des gesellschaftlichen Dienstes auch derzeit vollständig aufrecht erhalten werde, welcher Erlaß infolge abermals ohne Erfolg blieb, da keine Verwaltungsreformen zur Genehmigung vorgelegt wurden.

Andererseits war es die mit dem Erlasse vom 2. September 1871, Z. 16250, getroffene Verfügung, durch Organe der Generalinspektion der österr. Eisenbahnen eine Aufnahme der horizontalen und vertikalen Projecte der ganzen Bahnlinie durchzuführen zu lassen.

Nachdem ich kurz darauf die Leitung der Geschäfte des Handelsministeriums übernommen hatte, kamen mir wiederholt schriftliche und mündliche Meldungen der Generalinspektion der österr. Eisenbahnen und anderer Eingaben zu, aus welchen die Fortdauer des mangelhaften Zustandes der Bahn unzweifelhaft hervorging.

Infolge dessen verfügte ich vorerst eine eindringliche Prüfung der ökonomischen Gebahrung der Gesellschaft, wozu mich auch die Wahrnehmung veranlaßte, daß das Unternehmen dem Staatsfiskus Jahr für Jahr unverhältnismäßige Lasten auferlegte. Die bei der Prüfung des Betriebsrechnungen an den Tag gekommenen Unzu-

kömmlichkeiten bestimmten mich, auf Grund des diesfalls eingeholten Rechtsgutachtens der Finanzprocuratur und im Einvernehmen mit dem Finanzministerium mittelst des Erlasses vom 4. September 1872, Z. 23332, eine Reihe von Aufträgen, welche die Beseitigung der auffälligsten in der Administration und der ökonomischen Gebahrung constatirten Mißstände zum Gegenstande hatten, an den Verwaltungsrath zu richten und hiebei im Hinblick auf das bereits vorangegangene die von meinen Amtsvorfahren bereits wiederholt angeordnete Sequestration der Bahn neuerlich für den Fall in Aussicht zu stellen, als diesen Weisungen sowohl im allgemeinen, als auch inbezug auf die gegebenen Fristen, nicht entsprochen werden sollte, indem in dem Erlasse ausdrücklich gesagt war, daß ich in einem solchen Falle ohne weiteres im Sinne des § 12 des Eisenbahn-Concessionsgesetzes zur Sequestration der Bahn schreiten würde.

Auch diese neuerliche Androhung blieb erfolglos. Der Verwaltungsrath beharrte auf dem Standpunkte schroffer Ablehnung der Anforderungen der obersten staatlichen Aufsichtsbehörde, indem er mit der Eingabe vom 25ten September 1873, Z. 9083, bezüglich der Mehrzahl der ihm ertheilten Aufträge nicht in der Lage zu sein erklärte, denselben zu entsprechen, die künftige Erfüllung anderer an diesen Aufträgen aber unzulässige Bedingungen knüpfte.

(Schluß folgt.)

Tagesneuigkeiten.

— (Som. Alexh. Post.) Sr. Majestät der Kaiser haben vorgestern Audienzen zu ertheilen geruht. — Ihre Majestät die Kaiserin reisten am 28. d. von Budapest nach Wien ab.

— (Kaiser Wilhelm.) Das „Tageblatt“ meldet, der Gesundheitszustand des Kaisers sei so befriedigend, daß die Aerzte diesen Sommer die im vorigen Jahre projectierte Reise nach Italien nicht widerrathen dürften.

— (Hansierhandel.) Das königl. ungarische Handelsministerium hat anlässlich vielfacher Beschwerden hinsichtlich der Nichterhaltung der auf den Hansierhandel bezüglichen Vorschriften, den Behörden aufgetragen, daß bei Ertheilung von Hansier-Lizenzen an Personen, welche das 30. Lebensjahr noch nicht erreicht haben, darauf zu achten sei, daß diese vorher die ministerielle Alters-(Nachsicht-)Lizenz producieren, und ist deren Nummer sowohl wie auch die Gattung der zum Hansierhandel bewilligten Artikel in dem Hansierbuche des betreffenden Individuums genau vorzumerken.

— (Zur Bevölkerungsstatistik.) Der Stand der Bevölkerung beträgt Ende 1874 in runden Zahlen: Galizien 5.33 Millionen Einwohner, Böhmen 5.33 Millionen, Mähren 2.05 Millionen, Niederösterreich 2.05 Millionen, Steiermark 1.10 Millionen, Tirol 0.75 Millionen, Oberösterreich 0.75 Millionen, Schlesien und die Bukowina 0.54 und 0.55 Millionen, Krain 0.44 Millionen, Dalmatien 0.46 Millionen, Kärnten 0.22 Millionen, Syrien 0.25 Millionen, Götting und Grabsica 0.21 Millionen, Salzburg 0.15 Millionen, Triest sammt Gebiet 0.12 Millionen, Vorarlberg mit 0.10 Millionen Einwohner.

— (Mord.) Dem „Dalmata“ wird aus Dubua erzählt, daß der Archimandrit Paulovich des griechisch-orientalischen Klosters Praskvizza di Pastrovichio bei Cattaro am 11. d. M. von einem siebenzehnjährigen Menschen, dem Sohn eines griechisch-orientalischen Geistlichen, erschossen wurde, als er eben nach dem Morgengottesdienste aus der Kirche in sein Kloster zurückkehrte. Der Thäter ist in Haft und Untersuchung. Ueber die Motive der That liegen verschiedene Angaben vor.

— (Klage über weibliche Postbeamte.) Gesetzte alte Kaufleute in Voflon beklagen sich darüber, daß die weiblichen Post-Clerks sie unnütz warten lassen, während sie mit jungen Männern coquetieren. Einer der Beschwerdeführer gibt an, er habe so lange warten müssen, bis der ihm vorausgehende Burche dem aufmerksam zuhörenden weiblichen Clerk eine genaue Schilderung sämtlicher Damentouilletten auf einem in der vorhergegangenen Nacht stattgefundenen Ballo geliefert gehabt habe.

Locales.

— (Sterbefälle.) Dr. Etibin Heinrich Costa, eine der hervorragendsten Capacitäten Krains, ging am 28. d. in das Reich der Todten. G. P. Costa war am 18. October 1832 zu Rudolfsbergh in Krain geboren, Sohn des ehemaligen k. k. Oberamtsdirectors Dr. Heinrich Costa in Laibach, absolvierte die Gymnasialstudien in Laibach, die juristischen Studien in Graz, begab sich wegen höherer Ausbildung nach Wien, wurde im Alter von 22 Jahren zum Doctor der Philosophie und sämtlicher Rechte promoviert, trat im Jahre 1856 bei den hiesigen Advocaten Dr. Napret und Dr. Kal als Conscript in Prag, eröffnete nach dem Insultiretiren der neuen Advocatenordnung eine Advocatenkanzlei in Laibach, wurde am 30. Mai 1864 in den krainen Landtag, am 8. Juni 1864 zum Bürgermeister der Landeshauptstadt Laibach und unter dem Ministerium Potocki in den Reichsrath gewählt, im Jahre 1866 zum Landeshauptmann-Stellvertreter ernannt und für seine Verdienste als Bürgermeister mit dem Ritterkreuz des österr. Franz-Joseph-Ordens, für sein Wirken für die mährische Sache mit dem Guadeloupe-Orden und für Vertheidigung der Interessen Krains mit dem päpstlichen St. Gregor-Orden ausgezeichnet. Dr. Costa war eines der thätigsten Mitglieder des krainischen Landtages und des Landesausschusses, war Präsident des Vereines „Slov. Matica“, Vicepräsident der k. k. Landwirtschaftsgesellschaft für Krain, des hiesigen Citalnica- und katholischen Vereines, war wirkliches und correspondirendes Mitglied vieler wissenschaftlicher, gelehrter Vereine und Gesellschaften des In- und Auslandes, Protector des hiesigen Handelskran-

teninstitutes. Dr. Costa entwickelte auch auf literarischem Felde große Thätigkeit; er war eine eifrige Arbeitskraft des historischen Vereines in Krain, gründete seinerzeit die juristische Gesellschaft in Krain, war Mitarbeiter in Dr. Haimers „Magazin für Rechts- und Staatswissenschaft“, des „Anzeiger des nürnbergischen Museums“, der „Gerichtszeitung“, der „Österreichischen Blätter für Literatur und Kunst“, schrieb epochemachende Abhandlungen „Ueber das indische Recht“, „Quellenmaterialien zur Rechtsgeschichte Oesterreichs“, eine „Encyclopädische Einleitung über ein System der Gesellschaftswissenschaften“ u. a. — Bis zum Jahre 1864 dachte und schrieb Dr. Costa für die deutsche Sache, er war Mitglied des freien deutschen Hochstiftes in Frankfurt am Main. Von jenem Zeitpunkt an, als Dr. Costa einen Deputiertenstuhl im kais. Landtage annahm, erhob er seine Stimme für nationale liberale Prinzipien; in ihm verlor die national-liberale Partei im Lande Krain ihre thätigste Stütze, ihren beredtesten Anwalt. Sein Wohlthätigkeitsförm hat sich bei seinen Freunden ein dauerndes Andenken erworben. Dr. Costa mag wohl an — gebrochenem Herzen gestorben sein. Er mußte endlich doch zur Ueberzeugung gelangt sein, daß jene Prinzipien, denen er leidenschaftlich huldigte, — Präponderanz des slavischen Elementes, eventuell Gründung eines südslavischen Reiches unter dem Schutze der Tiara, — in einem Verfassungstaate niemals starke Wurzel fassen können. Er ruhe nun in Frieden! — In der Nacht vom 26. auf den 27. d. starb in Krainburg der in allen Gesellschaftskreisen geachtete k. k. Ingenieur Herr Karl Sonnen in Folge eines Schlagflusses.

— (Faschingschronik.) Die zahlreiche Kartenausgabe berechtigt zu der Annahme, daß das heutige Bürgerkränzchen sich eines recht frequenten Besuches erfreuen wird. — Am 3. Februar findet im Hotel „Europa“ ein gemütliches, geschlossenes Kränzchen statt. — Der Bürgerball in Oberlaibach war recht gut besucht.

— (Aus dem Vereinsleben.) Die Gitalnica in Tschernembl vollzog die Neuwahl ihrer Functionäre. Gewählt wurden die Herren: Kuralt zum Obmann, Dr. Pantisch — Stellvertreter, Blaschel — Kassier, Schetina — Secretär, Kues und Zimmermann zu Ausschüssen.

— (Erdbeben.) Aus Rudolfswerth wird unterm 25. d. dem „Laib. Tagbl.“ geschrieben: „Heute um 1/9 Uhr wurde ein sehr heftiges Erdbeben wahrgenommen, das sich zweimal in kurzen Zwischenräumen wiederholte und horizontale Schwankungen hervorbrachte. Der Himmel war nach 7 Uhr sehr trüb, die Wolken standen hoch und senkten sich erst nach halb 9 Uhr, worauf ein feiner und dichter Regen bei + 8° Réaumur herabsiel.“

— (Archive in Krain.) Der XI. Jahrgang der „Beiträge zur Kunde steierm. Geschichtsquellen“, herausgegeben vom historischen Vereine für Steiermark enthält außer quellenmäßigen Beiträgen zur Geschichte der Steiermark in den Jahren 1462 bis 1471 von Dr. Krones noch einen Reisebericht über innerösterreich. Archive von Prof. Dr. Luschin. Darnach zählt in Krain das Kuerberg'sche Archiv zu den bedeutendsten, leider sind alte Urkunden nicht vorhanden und dürften bei der Zerstörung des gewöhnlichen Familiensitzes Sonnegg im Jahre 1848 durch die aufständischen Bauern vernichtet worden sein. Laibach's Stadlarchiv greift auch nicht über 1521 zurück; Interessanteres dagegen bietet die Handschriftensammlung des historischen Vereines für Krain.

— (Von der Südbahn.) Die im Herrenhause des Reichsraths eingebrachte Petition der Südbahn gegen Einziehung unter das Actiengesetz bemüht sich vorerst darzutun, daß bei der Südbahn speciell, bei keiner anderen österreichischen Bahn vorkommende Verhältnisse infolge obwalten, als dieselbe bei der Verwaltung der österreichischen Linien österreichischen Gesetzen und bei der Verwaltung der italienischen Linien italienischen Gesetzen unterworfen ist. Die Statuten der Gesellschaft können nur mit Bewilligung beider Regierungen geändert werden. Daraus folgt, daß das neue Actiengesetz auf die Südbahn nicht angewendet werden könne. Für den Fall, als § 12 des Gesetzentwurfes, welcher von der Anwendung des Gesetzentwurfes auf schon bestehende Actiengesellschaften handelt, angenommen werden sollte, müßte daher für die Südbahn eine Ausnahmsbestimmung getroffen werden. Die Eingabe führt nun die Widersprüche, welche sich zwischen den Gesellschafts-Statuten und den Bestimmungen des neuen Actiengesetzes ergeben würden, durch.

— (Theater.) Hötows „Alessandro Stradello“ zog gestern nur einen kleinen Kreis von Opernfreunden an. Die schätzenswerthe Beneficiantin — Fräulein Januschowsky, eine Kraft, die ganz besondere Auszeichnung verdient hätte, indem sie als sehr

verwendbare Sängerin in der Oper, Operette und Posse in hervorragender Weise thätig war, — wird wohl als Beneficiant nicht die Hälfte jenes Betrages empfangen, die sie gestern für ihre prächtige Garderobe ausgegeben hat. Wir bedauern den gestrigen schwachen Theaterbesuch, er wird auf die ersten Mitglieder unserer Bühne eine nachtheilige und lähmende Wirkung ausüben. Die Aufführung der Oper war eine immerhin befriedigende. Fräulein Januschowsky wurde mit drei Blumenpenden begrüßt und sang den Part der „Leonore“ recht gut. Herr Dally gab die Titelrolle befriedigend. Besonders Lob erwarben sich die Herren Hajek (Malvolio) und Herr Knoller (Barbarino). Herr Colin (Vassil) producirte eine eigene unverwundliche Gefangenschaft. Der Männerchor im ersten Acte wandelte auf schwankendem Boden; der gemischte Chor trat kräftiger ein. Fräulein Januschowsky wurde mit Beifall und Hervorruf ausgezeichnet.

— (Avis für die geehrte Damenwelt.) Nr. 3 des „Bazar“ erscheint erst kommenden Montag über acht Tage; Pränumerationen auf dieses beliebte Damen-Modemagazin übernimmt und besorgt pünktlich die Buchhandlung v. Kleinmayr & Bamberg in Laibach.

— (Bienenfreunde) machen wir auf die erste Nummer 1875 des Fachblattes „Die Krainer Biene“ aufmerksam. Wir finden an erster Stelle einen Artikel, betitelt: „Die Bakterien der Fäulnisentzuckerung“; an zweiter Stelle einen belehrenden Aufsatz über den Nutzen der Bienenzucht und über die Vortheile dieser Zucht mit dem beweglichen Bienenstock; an dritter Stelle einen Bericht über die ungarische Vanater Biene als „Krainer Biene“; an vierter Stelle einen belehrenden Artikel über die Schutzvorrichtungen gegen Bienenstiche — die Kopfschutzhelme; an fünfter Stelle einen Bericht über die Krainer Biene im Norden. — Schließlich bringt das Blatt im Verzeichnisse über Gerichte des Bienenlandes.

— Die in unserem heutigen Blatte befindliche Gewinn-Mittheilung des Herrn Laz. Sams. Cohn in Hamburg ist ganz besonders zu beachten. Dieses Geschäft ist bekanntlich das älteste und allerglücklichste; im Mai wurde schon wieder das grosso Los bei ihm gewonnen, und hat dieses Haus schon früher den bei ihm theilhaftigen die grössten Hauptgewinne von R. Mark 360,000, 270,000, 244,400, 183,000, 180,000, 156,000, oftmals 152,400, 150,000, 90,000, sehr häufig 80,000, 60,000, 48,000, 40,000, 36,000 Rm. etc. etc. ausbezahlt, wodurch viele Leute zu reichen Kapitalisten geworden sind. Es sind nun wieder für einen kleinen Einsatz grosse Kapitalien zu gewinnen bis zu ev. 375,000 Rm. Auch bezahlt dieses Haus durch seine weitverbreiteten Verbindungen die Gewinne in jedem Orte aus. Da eine grosse Betheiligung zu erwarten ist, möge man sich vertrauensvoll an die Firma Laz. Sams. Cohn in Hamburg wenden, bei der man gewissenhaft und prompt bedient wird.

Neueste Post.

(Original-Telegramm der „Laib. Zeitung“.)

Wien, 29. Jänner. Handelsminister Banhans richtete ein Schreiben an Offenheims Bertheidiger Herrn Dr. Neuda, worin er wiederholt erklärt, daß er als Syndicatgewinn bei der Hypothekarrentenbank nur 5000 Gulden erhielt; in Raten zu 3000 und 2000 fl. Ueber ersteren Betrag gab er keine Empfangsbestätigung, die Quittung über letzteren Betrag wünschte er allerdings letzter Zeit zur Auffrischung seiner Erinnerung zu sehen. Diese Quittung sei die einzige, die er ausstellte. Die Behauptung, er habe mehr als obige 5000 fl. erhalten, sei unwahr. Die Behauptung, daß unter anderem Namen ein bedeutender Gründergewinn-Betrag behoben wurde, betreffe nicht seine Person. Die Behauptung endlich, daß von diesem Betrage ihm ein Theil zukam, daß er darüber Quittung ausstellte und sich bemühte, diese Quittung zurückzuerlangen, alle diese drei Thatsachen erklärt er auf das bestimmteste als unwahr. Der Handelsminister erhebt schließlich entschiedenen Widerspruch gegen diese Behauptungen Neuda's, von welchen Neuda erklärte, daß er für dieselben einstehen.

Berlin, 28. Jänner. In Reichstagskreisen verlautet, der Schluß des Reichstages werde durch den Fürsten Bismarck ohne besondere Feierlichkeit erfolgen. Der Tag des Schlusses ist unbestimmt; die Vorlage

wegen des Parlamentshauses wird noch zur Verhandlung kommen. In Abgeordnetenkreisen verlautet ferner, daß behufs des mit Rücksicht auf alle Zweige auszuwehnenden Provinzialdotationsgesetzes eine Vorlage zu erwarten sei, welche auch für die westlichen Provinzen eine Reform der Kreis- und Provinzialordnung feststellen wird. Vorlagen betreffend eine neue Communalordnung sind nicht zu erwarten, dagegen hätten die Bürgermeisterconferenzen zu Ergebnissen geführt, die sich in der Vorlage über die Städteordnung darstellen werden.

Telegraphischer Wechselskurs

vom 29. Jänner

Papier-Rente 70 15 — Silber-Rente 75 60. — 1866er Staats-Anlehen 111 40. — Bank-Actien 959. — Credit-Actien 216 75 — London 111. — Silber 105 35. — K. k. Münz-Ducaten — Napoleonsd'or 8 91.

Wien, 28. Jänner. 2 Uhr. Schlußkurse: Credit 216 75, Anglo 125 —, Union 99 —, Francoant 45 50, Handelsbank 62 50, Vereinsbank 37 50, Hypothekarrentenbank —, allgemeine Sangesellschaft 21 50, Wiener Baubank 31 —, Unionbaubank 22 —, Wechselbank 9 50, Brigittenauer 5 —, Staatsbank 292 —, Lombarden 130 25, Communalbank —, Markt.

Verstorbene.

Den 22. Jänner. Elise Sima, geb. Zilly, k. k. Bezirkschulinspectorin, 29 J., St. Petersvorfstadt Nr. 18, Milartuberculose. — Anna Zingl, Bezirksdieners gattin, 36 J., Civilspital, Gebärmutterkrebs.

Den 24. Jänner. Maria Flander, Tischlerin, 13 Monate, Kapuzinerdorf Nr. 63, Nadenbräune.

Den 25. Jänner. Johann Kopeck, Cigarrenfabrik-aufsichterskind, 3 J. und 8 M., Polanavorstadt Nr. 61, Nadenbräune. — Franz Bislat, Arbeiter, 37 J., Civilspital, organischen Herzfehler. — Gertraud Cepelmitz, Arbeiterin, 55 J., Civilspital, Schlundkrebs.

Den 26. Jänner. Valentin Tancar, k. k. Bezirkshauptmannschafts-Sekretärswitwenkind, 2 J., Karlsbaderdorf Nr. 5, Zehrfieber. — Johanna Kopeck, Cigarrenfabrik-aufsichterskind, 3 J. 1 Tag, Polanavorstadt Nr. 61, Nadenbräune. — Bartholomä Mohar, Arbeiterkind, 5 Monate 1 Tag, Stadt Nr. 68, Lungenentzündung. — Johann Weich, Brauführer, 24 J., Kapuzinerdorf Nr. 52, Lungentuberculose. — Franz Pleunil, Wagnerskind, 1 J., 3 Monate, St. Petersvorfstadt Nr. 65, acute Gehirnhöhlenwassersucht. — Antonia Jalsche, Privatstreicherskind, 4 J., Elisabeth-Kinderhospital, Polanavorstadt Nr. 67, Abmagerung nach der Nadenbräune. — Maria Stupar, Manverpolierskind, 4 J. 2 Monate 26 Tage, St. Petersvorfstadt Nr. 78, Nadenbräune. — Johanna Karl, Kaffeebinderwitwenkind, 1 J. 1 M. 6 Tage, Eirnavorfstadt Nr. 14, Fraisen.

Den 27. Jänner. Victoria Nappe, Cichorienfabrikarbeiterskind, 1 Mon., Kapuzinerdorf Nr. 82, Fraisen.

Den 28. Jänner. Ursula Kovač, Viertelstüblerkind, 7 J. und 8 Mon., Elefantengasse Nr. 4, Nadenbräune. — Dr. E. S. Costa, Hof- und Gerichtsadvocat, 42 J., Stadt Nr. 192, Gehirnlähmung.

Angekommene Fremde.

Am 29. Jänner.

Hotel Stadt Wien. Ruprecht, Kfm., Triest. — Esfeld, Secretär der triest. Kohlenbergwerksgesellschaft, und Weiß, Wien. — Steinmetz, Krainburg. — Steinmetz, Krainburg. — Reil, Reif, Graz. — Dr. Alster, Reichenberg. — Greising, Reichenberg.

Hotel Elefant. Franke, Bau-Unternehmer, Lavis. — Boyz, Oberfrain.

Hotel Europa. Koller, Krainburg.

Wohren. Wauer, Wapert. — Haas, St. Martin (Kärnten).

Theater.

Heute: Gastvorstellung des Herrn Stan. Lesser: Hamlet: Prinz von Dänemark. Schauspiel in 5 Acten von Shakespeare. Deutsch von Schlegel.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Jahr	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reducirt	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Anfängliche Himmel	Wiederholte Beobachtung in Millimetern
29.	6 U. Mg.	746 97	— 11 4	D. schwach	heiter	0.00
	2 „ N.	744 15	— 2 0	D. schwach	halb heiter	
	10 „ Ab.	743 49	— 4 4	Windstill	heiter	

Morgenroth, vormittags Sonnenschein, nachmittags etwas trübe, intensives Abendroth, dann sternhell. Die ersten Schneeglocken heute nächst Kaltenbrunn gefunden. Das Tagesmittel der Temperatur — 5 9°, um 4 6° unter dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Dittmar Bamberg.

Börsenbericht.

Wien, 28. Jänner. Die Börse fand sich aus eigener Initiative nicht veranlaßt, der ihr durch die auswärtigen Coursberichte und Stimmungsbefehle aufgedrungenen Tendenz zu opponieren und gestaltete sich sonach der Verkehr auf der ganzen Linie schleppend und bei den Hauptspeculationspapieren retrograd. Auch manche Anlagewerthe waren

Mai-	Geld	Ware
Februar-Rente	70 05	70 15
Jänner-Rente	70 10	70 20
April-Rente	75 50	75 60
Josef, 1839	273 —	276 —
„ 1854	104 —	104 50
„ 1860	111 25	111 50
„ 1860 zu 100 fl.	115 50	115 75
„ 1864	137 75	138 25
Domänen-Pfandbriefe	125 25	125 75
Pfandbriefe der Stadt Wien	102 75	103 —
Galizien	98 —	—
Galizien Grund-	85 25	85 75
Siebenbürgen ent-	75 70	76 —
Ungarn losung	78 40	78 90
Donau-Regulierungs-Lose	97 50	98 —
Ung. Eisenbahn-Anl.	99 —	99 50
Ung. Pfandbrief-Anl.	83 50	84 —
Wiener Communal-Anlehen	90 —	90 25

Actien von Banken.

	Geld	Ware
Anglo-Bank	126 75	127 —
Bankverein	104 75	105 25
Bodencreditanstalt	113 50	115 —

	Geld	Ware
Creditanstalt	218 75	219 —
Creditanstalt, ungar.	196 50	197 —
Depositenbank	122 —	124 —
Escomptobank	840 —	850 —
Finco-Bank	46 50	46 75
Handelsbank	63 50	64 —
Nationalbank	957 —	958 —
Österr. Bankgesellschaft	—	—
Unionbank	100 —	100 25
Vereinsbank	38 75	39 25
Verkehrsbank	88 —	89 —

Actien von Transport-Unternehmungen.

	Geld	Ware
Alsb-Bahn	130 —	131 —
Karl-Ludwig-Bahn	234 —	234 50
Donau-Dampfschiff-Gesellschaft	437 —	438 —
Elisabeth-Westbahn	187 75	188 25
Elisabeth-Bahn (Pinz-Budweiser Strecke)	168 50	169 —
Ferdinands-Nordbahn	1930 —	1935 —
Franz-Joseph-Bahn	178 50	179 —
Lomb.-Eisen.-Jassy-Bahn	143 —	144 —
Nord-Bahn	436 —	438 —

	Geld	Ware
Österr. Nordwestbahn	146 —	146 50
Rudolfs-Bahn	145 —	145 50
Staatsbahn	293 50	294 —
Südbahn	130 25	130 75
Theiß-Bahn	187 —	187 50
Ungarische Nordostbahn	112 50	113 —
Ungarische Ostbahn	54 50	55 —
Tramway-Gesellschaft	—	—

Baugesellschaften.

	Geld	Ware
Allg. österr. Baugesellschaft	23 50	23 75
Wiener Baugesellschaft	32 75	33 —

Pfandbriefe.

	Geld	Ware
Allg. österr. Bodencredit	96 —	96 50
„ „ „ in 33 Jahren	87 —	87 50
Nationalbank d. B.	94 25	95 50
Ung. Bodencredit	86 75	87 —

Prioritäten.

	Geld	Ware
Elisabeth-B. 1. Em.	93 —	—
Ferd.-Nordb. 1. Em.	105 20	105 40
Franz-Joseph-B.	101 50	101 75
Gal. Karl-Ludwig-B. 1. Em.	102 75	103 —
Österr. Nordwest-B.	95 50	96 10

	Geld	Ware
Siebenbürgen	78 75	79 25
Staatsbahn	140 75	141 —
Südbahn à 3%	108 50	109 —
„ 5%	95 —	95 25
Südbahn, Bonds	224 —	225 —
Ung. Ostbahn	67 75	68 25

Privatloose.

	Geld	Ware
Credit-L.	164 —	165 —
Rudolfs-L.	13 75	14 25

Wechsel.

	Geld	Ware
Augsburg	92 55	93 00
Frankfurt	54 20	54 50
Hamburg	54 20	54 50
London	110 05	111 00
Paris	44 20	44 25

Geldsorten.

	Geld	Ware
Ducaten	5 fl. 25	5 fl. 25
Napolsd'or	8 91	8 91
Preuß. Kassenscheine	1 64 25	1 64 50
Silber	105 80	105 90

Krainische Grundentlastungs-Obligationen, Privatnotierung: Geld 86 50, Ware —